

Bundesgesetzblatt

1065

Teil II

1959	Ausgegeben zu Bonn am 4. November 1959	Nr. 44
------	--	--------

Tag	Inhalt:	Seite
28. 10. 59	Gesetz zu dem Abkommen vom 16. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Äthiopien über den Luftverkehr	1065
29. 10. 59	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Mai 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde ..	1072
1. 10. 59	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis	1076
14. 10. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen	1077
14. 10. 59	Bekanntmachung über die Ausübung der Befugnisse der Europäischen Kommission für Menschenrechte gemäß Artikel 25 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Anerkennung der Zuständigkeit der Kommission durch die Regierung des Königreichs Belgien für weitere zwei bzw. fünf Jahre)	1079

Gesetz zu dem Abkommen vom 16. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Äthiopien über den Luftverkehr.

Vom 28. Oktober 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 16. April 1958 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Äthiopien über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Artikel 6 des Abkommens gilt im Saarland vom Ende der Übergangszeit nach Artikel 3 des Vertrags

vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (Bundesgesetzbl. II S. 1587) an. § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bleibt unberührt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 28. Oktober 1959.

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Kaiserreich Äthiopien
über den Luftverkehr**

**Air Transport Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Empire of Ethiopia**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DAS KAISERREICH ÄTHIOPIEN,

IN DEM WUNSCH, den Luftverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu regeln,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luftfahrtbehörde“, in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr, in bezug auf das Kaiserreich Äthiopien das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Zivilluftfahrtabteilung, oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „Bezeichnetes Unternehmen“ ein Luftverkehrsunternehmen, das ein Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das den internationalen Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Fluglinien betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in Artikel 2 und 96 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 festgelegte Bedeutung.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat gewährt dem anderen Vertragsstaat zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

das Recht, sein Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen,

das Recht, in seinem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen und

das Recht, an den Punkten in seinem Hoheitsgebiet, die in den festgelegten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der beiden Vertragsstaaten den internationalen Fluglinienverkehr zu betreiben berechtigt sind, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zu vereinbaren ist.

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

and

THE EMPIRE OF ETHIOPIA,

DESIRING to make arrangements for the regulation of air transport between their respective territories and beyond,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

(1) For the purpose of the present Agreement, unless otherwise stated in the text:

- a) the term "aeronautical authorities" shall mean in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Transport, in the case of the Empire of Ethiopia, the Ministry of Public Works and Communications, Department of Civil Aviation, or in both cases any other person or agency authorized to perform the functions exercised by the said authority;
- b) the term "designated airline" shall mean an airline that one contracting State has designated in writing to the other contracting State in accordance with Article 3 of this Agreement as being an airline which is to operate the international air service on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement.

(2) The terms "territory", "air service", "international air service" and "stop for non-traffic purpose", shall, for the purpose of this Agreement, have the meaning laid down in Articles 2 and 96 of the Convention on International Civil Aviation of December 7, 1944.

Article 2

(1) Each contracting State shall grant to the other contracting State for the purpose of operating international air services by designated airlines over the routes in accordance with paragraph (2) of this article, the right to fly across its territory without landing;

the right to land in its territory for non-traffic purposes, and

the right to land in its territory at the points named on the specified routes in order to take on or discharge passengers, mail and/or cargo on a commercial basis.

(2) The route over which the designated airlines of the two contracting States will be authorized to operate international air services shall be specified in a Route Schedule to be agreed upon in an exchange of notes.

Artikel 3

(1) Mit dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit begonnen werden, wenn

- a) der Vertragsstaat, dem die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat, und
- b) der Vertragsstaat, der die Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Der Vertragsstaat, der die Rechte gewährt, wird vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich der Verständigung nach Artikel 9 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich erteilen.

(3) Jeder Vertragsstaat kann von einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und Vorschriften des erstgenannten Staates für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Jeder Vertragsstaat kann einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften des anderen Vertragsstaates oder diesem selbst zustehen.

Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und Vorschriften des die Rechte gewährenden Vertragsstaates oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht wird jeder Vertragsstaat nur nach einer Konsultation nach Artikel 13 Gebrauch machen, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebes oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Jeder Vertragsstaat hat das Recht, durch schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragsstaat ein bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes zu ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Die Gebühren, die in jedem Vertragsstaat für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für inländische Luftfahrzeuge in ähnlichem internationalem Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

(1) Die Vertragsstaaten gewähren auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit hinsichtlich der Luftfahrzeuge, die von einem bezeichneten Unternehmen des anderen Ver-

Article 3

(1) The international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement, may be inaugurated at any time, provided

- a) the contracting State to whom the rights specified in paragraph (1) of Article 2 are granted, has designated in writing an airline or airlines, and
- b) the contracting State granting these rights has authorized the designated airline or airlines to inaugurate the air services.

(2) The contracting State granting these rights shall, subject to the provisions of paragraphs (3) and (4) of this Article and subject to the understanding provided for in Article 9 of this Agreement, give without delay the said authorization to operate the international air service.

(3) Each contracting State may require an airline designated by the other contracting State to satisfy it that it is qualified to meet the requirements prescribed under the laws and regulations of the first contracting State governing the operation of international air traffic.

(4) Each contracting State may withhold the exercise of the rights provided for in Article 2 of this Agreement from any airline designated by the other contracting State if such airline is not able to prove upon request that substantial ownership and effective control of such airline are vested in nationals or corporations of the other contracting State or in that State itself.

Article 4

(1) Each contracting State may revoke, or limit by the imposition of conditions, the authorization granted in accordance with paragraph (2) of Article 3 in the event of failure by a designated airline to comply with the laws and regulations of the contracting State granting the rights or to comply with the provisions of this Agreement or to fulfil the obligations arising therefrom. This shall also apply if the proof referred to in paragraph (4) of Article 3 is not furnished. Each contracting State will exercise this right only after consultation as provided for in Article 13, unless an immediate suspension of operations or imposition of conditions is necessary to avoid further infringements of laws or regulations.

(2) Each contracting State shall have the right by written communication to the other contracting State to replace a designated airline by another airline. The newly designated airline shall have the same rights and be subject to the same obligations as the designated airline which it replaces.

Article 5

The charges imposed by either contracting State for the use of airports and other aviation facilities by the aircraft of a designated airline of the other contracting State shall not be higher than those paid by its national aircraft engaged in similar international air services.

Article 6

(1) Each contracting State shall, on the basis of complete reciprocity, grant relief from taxes, duties and other charges for aircraft of a designated airline of the

tragstaates ausschließlich im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, die folgenden Abgabenvergünstigungen:

1. Die von einem bezeichneten Unternehmen des einen Vertragstaates verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates einfliegen, und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen üblichen Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben.

2. Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände, die

a) aus den in Nummer 1 genannten Luftfahrzeugen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates unter Zollüberwachung ausgebaut oder sonst von Bord gebracht und dort gelagert werden, oder

b) für diese Luftfahrzeuge in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates unter Zollüberwachung eingeführt und dort gelagert werden,

bleiben frei von den in Nummer 1 bezeichneten Abgaben, wenn sie unter Zollüberwachung in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden oder aus dem Hoheitsgebiet dieses Vertragstaates auf andere Weise wieder ausgeführt werden.

Die gleiche Abgabenbefreiung wird für solche Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände gewährt, die unter Zollüberwachung aus entsprechenden Lagern anderer Luftfahrtunternehmen entnommen und in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden.

3. Luftfahrtbetriebsstoffe, die an Bord der in Nummer 1 genannten Luftfahrzeuge in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates eingebracht werden, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben, wenn sie an Bord dieser Luftfahrzeuge verbraucht werden, und zwar auch auf dem Teil der Flüge, der zwischen Orten im Hoheitsgebiet dieses Vertragstaates stattfindet. Das gleiche gilt auch für Luftfahrtbetriebsstoffe, die zur Versorgung dieser Luftfahrzeuge für Rechnung eines bezeichneten Unternehmens in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates unter Zollüberwachung eingeführt und dort gelagert werden. Für Luftfahrtbetriebsstoffe, die unter Zollüberwachung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates an Bord der Flugzeuge eines bezeichneten Unternehmens genommen werden und im internationalen Fluglinienverkehr Verwendung finden, werden weder die genannten Abgaben erhoben noch etwaige besondere Verbrauchsabgaben, mit denen die Luftfahrtbetriebsstoffe in diesem Vertragstaate belastet sind.

4. Die an Bord der in Nummer 1 genannten Luftfahrzeuge eingebrachten Nahrungs- und Genußmittel, die zum Verbrauch durch die Fluggäste und Besatzungsmitglieder bestimmt sind, dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragstaates frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben zum alsbaldigen Verbrauch an Bord ausgegeben werden, soweit die Luftfahrzeuge bei Zwischenlandungen ständig zollamtlich überwacht werden können.

(2) Soweit für die in Absatz 1 genannten Waren Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen sie nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

other contracting State exclusively engaged in international air service as follows:

1. The aircraft operated by any designated airline of one contracting State and entering into, departing from or flying across the territory of the other contracting State, as well as the regular equipment and spare parts on board such aircraft shall be exempt from customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation or transit of goods.

2. Spare parts and articles of equipment which are

a) removed from the aircraft referred to in item 1 above or otherwise taken from board and stored within the territory of the other contracting State under customs supervision, or

b) imported for such aircraft into, and stored in, the territory of the other contracting State under customs supervision,

shall be exempt from the duties and other charges mentioned in item 1 above, if they either are installed in or otherwise taken aboard the said aircraft under customs supervision, or are otherwise exported again from the territory of the other contracting State.

The same exemption from such duties and other charges shall be granted for spare parts and articles of equipment taken from appropriate stores of other airlines and installed in or otherwise taken aboard the said aircraft under customs supervision.

3. Fuel and lubricants on board the aircraft referred to in item 1 above and introduced into the territory of the other contracting State shall be free of customs duties and other charges levied on the occasion of importation, exportation and transit of goods, provided that they are used on board the aircraft, and this applies also on that part of any flight which takes place between points in the territory of that contracting State. This shall likewise apply to fuel and lubricants which for the account of an airline designated by a contracting State are imported into and stored in the territory of the other contracting State under customs supervision for the purpose of supplying such aircraft. Fuel and lubricants taken on by aircraft belonging to a designated airline under customs supervision in the territory of the other contracting State and used in international air service shall not be subject to the afore-mentioned duties and other charges, nor to any special consumption charges that may be applicable to fuel and lubricants in that contracting State.

4. Food and stimulants introduced aboard the aircraft mentioned in item 1 above and intended for consumption by passengers and crew members may be issued in the territory of the other contracting State for immediate consumption aboard free of customs duties and other charges levied on the occasion of the importation, exportation and transit of goods, provided such aircraft can be continuously supervised by customs authorities at intermediate landings.

(2) Insofar as no duties or other charges are imposed on goods enumerated in the foregoing paragraph, such goods shall not be subject to any economic prohibitions and restrictions on importation, exportation and transit that may otherwise be applicable.

Artikel 7

(1) Den bezeichneten Unternehmen jedes Vertragsstaates ist in billiger und gleicher Weise Gelegenheit zu geben, den Betrieb auf jeder der nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien durchzuführen.

(2) Bei dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien hat ein bezeichnetes Unternehmen eines Vertragsstaates auf die Interessen eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates Rücksicht zu nehmen, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien soll vor allem dazu dienen, ein Beförderungsangebot bereit zu stellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates entspricht, der das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten, im anderen Vertragsstaat gelegenen Punkten einer Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, ist im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so auszuüben, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, der das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung der örtlichen und regionalen Linien,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebes der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsstaaten spätestens einen Monat vor Beginn des Betriebes auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art des Betriebes, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Das gleiche gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde des einen Vertragsstaates wird der Luftfahrtbehörde des anderen Vertragsstaates auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen übermitteln, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaates bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen haben alle Angaben zu enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht anzuwenden sind, werden unter Berücksichtigung aller Umstände, wie der Kosten des Betriebes, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt. Bei der Festsetzung soll nach den Bestimmungen der folgenden Absätze verfahren werden.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie durch Vereinbarung der beteiligten bezeichneten Unternehmen festgesetzt. Hierbei sollen sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen richten, die auf

Article 7

(1) There shall be fair and equal opportunity for the designated airlines of each contracting State to operate on any route specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement.

(2) In the operation of international air services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement, a designated airline of a contracting State shall take account of the interests of a designated airline of the other contracting State so as not to affect unduly the air service which the latter airline provides on the same routes or parts of them.

(3) The international air services on any of the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement shall have as their primary objective the provision of capacity adequate to the foreseeable traffic demands to and from the territory of the contracting State designating the airline. The right of this airline to carry traffic between points of a route specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement which are located in the territory of the other contracting State, and points in third countries shall be exercised, in the interests of an orderly development of international air transport, in such a way that capacity is related to:

- a) the traffic demand to and from the territory of the contracting State designating the airline;
- b) the traffic demand existing in the areas through which the air services pass, taking account of local and regional services;
- c) the requirements of an economical operation of air service through traffic.

Article 8

(1) The designated airlines shall communicate to the aeronautical authorities of both contracting States not later than one month prior to the inauguration of services on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement the type of service, the types of aircraft to be used and the flight schedules. This shall likewise apply to later changes.

(2) The aeronautical authorities of one contracting State shall furnish to the aeronautical authorities of the other contracting State at their request such periodic or other statements of statistics of the designated airlines as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided by any designated airline of the first contracting State on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement. Such statements shall include all information required to determine the amount of traffic carried and the origins and destinations of such traffic.

Article 9

(1) Rates to be charged for passengers and freight on the routes specified in accordance with paragraph (2) of Article 2 of this Agreement shall be fixed by taking into account all factors, such as cost of operation, reasonable profit, the characteristics of the various routes and the rates charged by any other airlines which operate over the same routes or parts thereof. In fixing such rates, the provisions of the following paragraphs should be observed.

(2) The rates shall, if possible, be fixed for each route by agreement between the designated airlines concerned. For this purpose the designated airlines should abide by such decisions as are applicable under the traffic con-

Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen sollen sich nach einer Beratung mit den Luftverkehrsunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, wenn möglich unmittelbar untereinander verständigen.

(3) Die auf diese Weise festgesetzten Tarife werden den Luftfahrtbehörden beider Vertragsstaaten spätestens einen Monat vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten der Tarife zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Einigung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich ein Vertragsstaat mit den ihm nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so sollen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsstaaten die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen ist, durch Vereinbarung festsetzen.

(5) Kommt zwischen den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsstaaten eine Vereinbarung nach Absatz 4 nicht zustande, so findet Artikel 14 Anwendung. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, hat der Vertragsstaat, der sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt, das Recht, von dem anderen Vertragsstaat die Aufrechterhaltung der vorher in Kraft befindlichen Tarife zu verlangen.

Artikel 10

Tritt ein von beiden Vertragsstaaten angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsabkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Abkommen dieses Abkommen aufhebt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 13 dieses Abkommens statt.

Artikel 11

Jedes bezeichnete Unternehmen eines Vertragsstaates darf in den Flughäfen des anderen Vertragsstaates und in den Städten des anderen Vertragsstaates, in denen es eine eigene Vertretung zu unterhalten beabsichtigt, sein eigenes Personal für seine Geschäfte unterhalten und beschäftigen. Wenn ein bezeichnetes Unternehmen von einer eigenen Organisation in den Flughäfen des anderen Vertragsstaates absieht, soll es nach Möglichkeit die in Betracht kommenden Arbeiten durch das Personal der Flughäfen oder eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates ausführen lassen.

Artikel 12

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsstaaten findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens betreffenden Angelegenheiten herbeizuführen.

Artikel 13

Zur Erörterung der Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans kann ein Vertragsstaat jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Auslegung und Anwendung des Abkommens, wenn ein Meinungsaustausch nach Artikel 12 nach Ansicht eines Vertragsstaates ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt innerhalb einer Frist von sechzig Tagen nach Eingang des Antrags.

ference procedures of the International Air Transport Association (IATA), or should, if possible, agree directly between themselves after consulting with airlines of third countries which operate over the same routes or parts thereof.

(3) Any rates so agreed shall be submitted for approval to the aeronautical authorities of both contracting States at least one month prior to the proposed date of their introduction. This period may be reduced in special cases if the aeronautical authorities so agree.

(4) If no agreement has been reached between the designated airlines in accordance with paragraph (2) above, or if one of the contracting States does not agree to the rates submitted for its approval in accordance with paragraph (3) above, the aeronautical authorities of the two contracting States should by common accord fix the rates for those routes or parts thereof on which no agreement was reached.

(5) If no accord as envisaged in paragraph (4) above is reached between the aeronautical authorities of the two contracting States, the provisions of Article 14 of this Agreement shall apply. Until such time as an arbitral award is rendered, the contracting State which has expressed disagreement with the rates shall be entitled to require the other contracting State to maintain the rates previously in effect.

Article 10

If a general multilateral air transport convention accepted by both contracting States enters into force, the provisions of the multilateral convention shall prevail. Any discussions with a view to determining the extent to which the present Agreement is revoked, amended or supplemented by the provisions of the multilateral convention, shall take place in accordance with Article 13 of the present Agreement.

Article 11

Each airline designated by either contracting State may maintain and employ its own personnel for its business transactions at airports of the other contracting State and in the cities of the other contracting State where it intends to maintain an agency. If a designated airline does not establish its own organization at airports of the other contracting State, it is understood that it should have such work performed, as far as possible, by the personnel of an airport or of a designated airline of the other contracting State.

Article 12

Exchanges of views shall take place as needed between the aeronautical authorities of the two contracting States in order to achieve close cooperation and agreement in all matters pertaining to the application and interpretation of this Agreement.

Article 13

Consultation may be requested at any time by either contracting State for the purpose of discussing amendments to the present Agreement or the Route Schedule. The same applies to discussions concerning the interpretation and application of the present Agreement if either contracting State considers that an exchange of views within the meaning of Article 12 has been without success. Such consultation shall begin within sixty days from the date of receipt of the request.

Artikel 14

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens nicht nach Artikel 13 beigelegt werden kann, ist sie auf Antrag eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und diese sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen. Werden die Mitglieder nicht innerhalb von zwei Monaten, der Obmann nicht innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem ein Vertragsstaat seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Für den Fall, daß der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt oder aus anderen Gründen verhindert ist, soll sein Stellvertreter im Amt die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes. Die übrigen Kosten werden von beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 15

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenaustausch nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zur Registrierung mitgeteilt.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Addis Abeba ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen jederzeit kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat außer Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 16. April neunzehnhundertachtundfünfzig in zwei Urschriften, jede in deutscher, amharischer und englischer Sprache. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieses Abkommens ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

von Merkatz

Für das Kaiserreich Äthiopien:

Mikael Imru

Article 14

(1) To the extent to which any disagreement arising out of the interpretation or application of the present Agreement cannot be settled in accordance with Article 13 of this Agreement, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either contracting State.

(2) Such arbitral tribunal shall be composed in each individual case of one member to be designated by each contracting State; these two members shall then agree upon the choice of a national of a third State as their chairman. If the members have not been designated within two months, and the chairman within three months of the date of delivery by either contracting State of notice requesting arbitration, either of the contracting States may, in the absence of any other form of agreement, invite the President of the Council of the International Civil Aviation Organization (ICAO) to make the necessary appointments. Where the President possesses the nationality of one of the two contracting States or is otherwise prevented from carrying out this function, his deputy in office shall make the necessary appointments.

(3) The arbitral tribunal shall reach its decisions by majority of vote. Such decisions shall be binding. Each of the contracting States shall bear the expenses of its own member. The remaining expenses shall be borne in equal parts by each of the contracting States. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 15

The present Agreement, any amendments to it and any exchange of notes under paragraph (2) of Article 2 shall be communicated to the International Civil Aviation Organization (ICAO) for registration.

Article 16

(1) The present Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Addis Ababa.

(2) The present Agreement shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification.

(3) Each contracting State may at any time give notice of termination of the present Agreement. This Agreement shall terminate one year after the date of the receipt of such notice by the other contracting State.

DONE at Bonn this sixteenth day of April nineteen-hundred and fifty-eight in duplicate, both in the German, Amharic and English languages. In cases of disagreement on the interpretation of this Agreement, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

von Merkatz

For the Empire of Ethiopia:

Mikael Imru

**Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Mai 1958
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark
über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde.**

Vom 29. Oktober 1959.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem am 29. Mai 1958 in Bonn unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen die Vorschriften nach Artikel 4 Abs. 1 Satz 1 des Abkommens zu erlassen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 8 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 29. Oktober 1959.

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
über die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde**

**Overenskomst
mellem Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriget Danmark
angående fælles fiskeri i Flensborg inderfjord**

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

SEINE MAJESTÄT
DER KONIG VON DÄNEMARK

VON DEM WUNSCH GELEITET, die gemeinsame Fischerei in der Flensburger Innenförde zu regeln, sind übereingekommen, ein Abkommen zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Wilhelm von Grolman,
Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt,
Seine Majestät der König von Dänemark
Herrn Bjarne Paulson,
Chargé d'Affaires ad interim,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen gilt für den Teil der Flensburger Förde, der im Osten durch die Linie Klein Borreshöft—Neukirchen Feuer begrenzt wird (Vertragsgebiet). Von dem Vertragsgebiet wird jedoch das Nybelnoor bis zu seiner durch die beiden Seezeichen bezeichneten Ausmündung ausgeschlossen.

(2) Im Vertragsgebiet ist die Fischerei für diejenigen Staatsangehörigen der beiden Vertragstaaten frei, die beim Inkrafttreten dieses Abkommens in den an die deutsche oder die dänische Seite dieses Teils der Förde grenzenden Gemeinden ihren Wohnsitz haben. Fischer, die sich nach diesem Zeitpunkt in diesen Gemeinden niederlassen, erwerben das Recht zur Ausübung der Fischerei in dem Gebiet des anderen Vertragstaates erst, nachdem sie ein Jahr lang ununterbrochen die Fischerei im Fördeteil des Heimatstaates ausgeübt haben.

(3) Auf Eigentum oder Privilegien beruhende Sonderrechte werden durch die in Absatz 2 enthaltenen Bestimmungen nicht berührt.

(4) Deutsche und dänische Staatsangehörige, die nicht in den in Absatz 2 bezeichneten Gemeinden wohnen, dürfen die Fischerei im Vertragsgebiet nur innerhalb des Hoheitsgebietes ihres Heimatstaates ausüben.

Artikel 2

(1) Fischer, die nach Artikel 1 an der gemeinsamen Fischerei im Vertragsgebiet teilnehmen, sind befugt, unter Beachtung der geltenden Bestimmungen, insbesondere der Lebensmittelüberwachungs-, Zoll- und Paßvorschriften, ihre Fänge aus dem Vertragsgebiet an den im Vertragsgebiet gelegenen Küstenplätzen des anderen Vertragstaates (vgl. Artikel 4 Abs. 1 a) zu landen und abzusetzen sowie dort ihren Fischereibedarf und Mundvorrat einzunehmen und zu ergänzen.

FORBUNDSREPUBLIKKEN TYSKLANDS
PRÆSIDENT

og

HANS MAJESTÆT
KONGEN AF DANMARK

HAR UD FRA ØNSKET om at skabe regler for det fælles fiskeri i Flensborg inderfjord vedtaget at afslutte en overenskomst og har i denne anledning som deres befuldmægtigede udnævnt:

Forbundsrepublikken Tysklands præsident
Ministerialdirigent
dr. Wilhelm von Grolman,
Hans Majestæt Kongen af Danmark
Chargé d'Affaires ad interim
Bjarne Paulson,

hvilke efter at have udvekslet deres fuldmagter, der er fundet at være i god og behørig form, er blevet enige om følgende bestemmelser:

Artikel 1

(1) Denne overenskomst gælder for den del af Flensborg fjord, der mod øst begrænses af linien Lille Borrishoved—Nykirke fyr (aftaleområdet). Fra aftaleområdet undtages dog Nybøl Nor til dets ved de to sømærker betegnede udmundning.

(2) I aftaleområdet står fiskeriet åbent for sådanne af de kontraherende staters statsborgere, som ved denne overenskomsts ikrafttræden har deres bopæl i de til den tyske eller den danske side af denne del af fjorden grænsende kommuner. Fiskere, der efter dette tidspunkt bosætter sig i disse kommuner, erhverver først retten til at udøve fiskeri på den anden kontraherende stats område, efter at de i et år uafbrudt har udøvet fiskeri i hjemstatens del af fjorden.

(3) Særrettigheder, der hviler på ejendomsret eller privilegier, berøres ikke af de i stk. 2 indeholdte bestemmelser.

(4) De tyske og danske statsborgere, der ikke har bopæl i de i stk. 2 nævnte kommuner, er kun berettigede til at udøve fiskeri i aftaleområdet indenfor deres egen stats højhedsområde.

Artikel 2

(1) Fiskere, som i overensstemmelse med artikel 1 deltager i det fælles fiskeri i aftaleområdet, har ret til, under iagttagelse af de gældende bestemmelser, derunder navnlig levnedsmiddelkontrol-, told- og pasforskrifterne, at landsætte og afhænde deres fangster fra aftaleområdet på de i den anden kontraherende stat i aftaleområdet beliggende kystpladser (jfr. artikel 4, stk. 1. a), såvel som til sammesteds at indtage og komplettere deres fiskerifornødenheder og proviant.

(2) Teilnehmer an der Gemeinschaftsfischerei dürfen im anderen Vertragsstaat nicht mit abgabefreiem Schiffsproviant beliefert werden. Sie dürfen auch solchen Schiffsproviant nicht beziehen.

Artikel 3

(1) Fischereifahrzeuge, die im Vertragsgebiet beheimatet sind, haben außer dem Kennzeichen des Heimatortes das besondere Merkmal „FF“ zu führen. Kennzeichen und Merkmal „FF“ sind am Schiffskörper und am Großsegel anzubringen und müssen, solange die Fahrzeuge im Gebrauch sind, deutlich sichtbar sein.

(2) Den nach Artikel 1 Absatz 2 zum Fischfang im Vertragsgebiet berechtigten Fischern ist von der zuständigen Behörde des Heimatstaates ein besonderer Ausweis auszustellen, den sie bei der Ausübung der Fischerei im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bei sich zu führen haben.

Artikel 4

(1) Für die Ausübung der Fischerei im Vertragsgebiet werden von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten inhaltlich gleichlautende Vorschriften über

- a) die zur Anlandung und zum Ankauf nach Artikel 2 freigegebenen Küstenplätze,
- b) Kennzeichen und Benutzung der Fangplätze,
- c) Fangarten und Fanggeräte,
- d) Mindestmaße und Schonzeiten,
- e) Kennzeichnung der Fischereifahrzeuge und Fanggeräte,
- f) Inhalt, Ausstellung und Kontrolle der Ausweise

erlassen. Entwürfe für solche Vorschriften sind gemeinsam von einer Kommission auszuarbeiten, in die jeder der beiden Vertragsstaaten drei Mitglieder entsendet.

(2) Im übrigen gelten die allgemeinen fischereirechtlichen Bestimmungen jedes Vertragsstaates innerhalb seines Hoheitsgebietes, soweit sie nicht durch die nach Absatz 1 zu erlassenden Vorschriften eingeschränkt oder abgeändert werden.

Artikel 5

(1) Hat in dem zum Vertragsgebiet gehörenden Teil des Hoheitsgebietes des einen Vertragsstaates eine Zuwiderhandlung gegen die in diesem Abkommen festgesetzten Vorschriften stattgefunden, so sind die Aufsichtsbeamten dieses Vertragsstaates bei Gefahr im Verzuge befugt, den Täter auch in dem Teil des Hoheitsgebietes des anderen Vertragsstaates festzustellen, der zum Vertragsgebiet gehört. Die Feststellung hat sich auf die Ermittlung der Erkennungszeichen des Fahrzeuges, die Prüfung der Ausweise und auf Durchsuchung des Fahrzeuges zur Sicherung von Beweismitteln zu beschränken. Die verfolgenden Aufsichtsbeamten sind beim Erscheinen der Beamten der zuständigen Behörden des anderen Vertragsstaates verpflichtet, diesen die weiteren Feststellungen zu überlassen und in das eigene Hoheitsgebiet zurückzukehren.

(2) Gelingt die Feststellung der Zuwiderhandlung und des Täters erst in dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates und ist kein Aufsichtsbeamter dieses Vertragsstaates zur Stelle, so sind die verfolgenden Aufsichtsbeamten befugt, das Fahrzeug des Täters zu einer Aufsichtsstelle des anderen Vertragsstaates zu bringen und dieser die weiteren Maßnahmen zu überlassen. Ein Verbringen des Fahrzeuges auf die eigene Seite ist unzulässig.

(2) Til deltagere i det fælles fiskeri må der i den anden kontraherende stat ikke udleveres afgiftsfri skibsproviant. De må heller ikke modtage sådan skibsproviant.

Artikel 3

(1) Fiskerfartøjer, der er hjemmehørende i aftaleområdet, skal foruden hjemstedsmærke føre det særlige mærke "FF". Såvel hjemstedsmærke som mærket "FF" skal anbringes på skroget og storsejlet og skal, så længe fartøjet er i brug, tydeligt kunne ses.

(2) For de i artikel 1, stk. 2, nævnte fiskere, der har ret til fiskeri i aftaleområdet, skal der af vedkommende myndigheder i deres eget land udstedes et særligt legitimationsbevis, som de pågældende skal have hos sig under udøvelsen af fiskeriet indenfor det andet lands højhedsområde.

Artikel 4

(1) For udøvelsen af fiskeri i aftaleområdet vil der af begge kontraherende staters regeringer blive udfærdiget forskrifter af samme indhold vedrørende

- a. de til landing og indkøb i henhold til artikel 2 frigivne kystpladser,
- b. afmærkning og benyttelse af fangstpladser,
- c. fangstmåder og fangstredskaber,
- d. mindstemål og fredningstider,
- e. mærkning af fiskerfartøjer og fangstredskaber,
- f. indhold, udstedelse og kontrol med legitimationsbeviserne.

Udkast til sådanne forskrifter skal udarbejdes i fællesskab af en kommission, til hvilken hver af de kontraherende stater udpeger tre medlemmer.

(2) Iøvrigt gælder indenfor hver af de kontraherende staters højhedsområde de almindelige fiskeribestemmelser, for så vidt disse ikke indskrænkes eller ændres ved de i henhold til stk. 1 udfærdigede forskrifter.

Artikel 5

(1) Når en overtrædelse af de i denne aftale fastsatte forskrifter har fundet sted på den del af aftaleområdet, der falder ind under den ene kontraherende stats højhedsområde, er den pågældende stats tilsynsmyndigheder i særlig påtrængende tilfælde beføjede til også på den del af den anden kontraherende stats højhedsområde, der hører til aftaleområdet, at fastslå, hvem gerningsmanden er. Konstateringen skal indskrænke sig til at fastslå fartøjets kendingsmærker, kontrollere legitimationsbeviserne og til at ransage fartøjet med henblik på sikring af bevismateriale. Når vedkommende myndigheder fra den anden kontraherende stat kommer til stede, er de forfølgende tilsynsmyndigheder pligtige at overlade disse den videre konstatering og at vende tilbage til deres eget lands højhedsområde.

(2) Lykkes det først på den anden kontraherende stats højhedsområde at konstatere overtrædelsen og at fastslå, hvem gerningsmanden er, og er ingen af denne kontraherende stats tilsynsmyndigheder til stede, er de forfølgende tilsynsmyndigheder beføjede til at indbringe gerningsmandens fartøj til et kontrolsted i den anden kontraherende stat og overlade denne at træffe de videre fornødne forholdsregler. Det er ikke tilladt at føre fartøjet tilbage til eget område.

(3) Wird ein Fahrzeug des einen Vertragsstaates in dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates wegen einer Zuwiderhandlung gegen die in diesem Abkommen festgesetzten Vorschriften angehalten, so sind die Aufsichtsbeamten des anderen Vertragsstaates befugt, sofern kein Aufsichtsbeamter des Heimatstaates des Fahrzeuges zur Stelle ist, das Fahrzeug des Täters zu einer Aufsichtsstelle des Heimatstaates zu bringen und dieser die weiteren Maßnahmen zu überlassen. Ein Verbringen des Fahrzeuges nach einem eigenen Hafen ist unzulässig, es sei denn, daß es sich um eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 1 Absatz 4 handelt.

(4) Gegenseitige Besuche der Fischereiaufsichtsbeamten zu Dienstzwecken sollen zulässig sein.

Artikel 6

(1) Zuwiderhandlungen gegen Artikel 1 Absatz 2 Satz 2, Artikel 3 sowie gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 erlassenen Vorschriften werden von dem Vertragsstaat verfolgt und bestraft, in dem das bei der Tat benutzte Fischereifahrzeug beheimatet ist.

Wer gegen Artikel 1 Absatz 4 verstößt und in dem fremden Teil des Vertragsgebietes betroffen wird, ist von den Behörden dieses Vertragsstaates nach den dort geltenden Bestimmungen zu bestrafen. Die Strafverfolgung kann jedoch dem Heimatstaat überlassen werden. Gelingt die Festnahme des Täters nicht innerhalb des fremden Hoheitsgebietes, so ist er von den Behörden seines Heimatstaates zu verfolgen, gegebenenfalls zu bestrafen.

(2) Wer vorsätzlich

1. gegen Artikel 1 Absatz 2 Satz 2, Artikel 3 oder gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 erlassenen Vorschriften verstößt, wird mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 120 DM bzw. 200 kr.,
2. gegen Artikel 1 Absatz 4 verstößt, wird mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 240 DM bzw. 400 kr. bestraft.

(3) Wer eine in Absatz 2 mit Strafe bedrohte Handlung fahrlässig begeht, wird im Falle des Absatzes 2 Nr. 1 mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 60 DM bzw. 100 kr., im Falle des Absatzes 2 Nr. 2 mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 120 DM bzw. 200 kr. bestraft.

(4) Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Artikel 1 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 sowie gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben c und d erlassenen Vorschriften ist neben der Strafe auf Einziehung des ganzen Fanges zu erkennen. Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen die nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe c erlassenen Vorschriften kann außerdem auf Einziehung der benutzten Fanggeräte mit den dazu gehörenden Schlepptrassen erkannt werden, ohne Unterschied, ob die Fanggeräte und Schlepptrassen dem Verurteilten gehören oder nicht. Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Artikel 1 Absatz 4 ist auf Einziehung der benutzten Fanggeräte zu erkennen. Sind die in Satz 1 genannten Zuwiderhandlungen fahrlässig begangen worden, so kann neben der Strafe auf Einziehung des ganzen Fanges erkannt werden.

Die Belieferung mit oder der Bezug von abgabefreiem Schiffsproviant in Widerspruch mit der Bestimmung des Artikels 2 Absatz 2 ist von den Behörden des Vertragsstaates, wo die Zuwiderhandlung stattgefunden hat, mit einer Geldstrafe von nicht weniger als 60 DM bzw. 100 kr. zu bestrafen.

Artikel 7

Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten verpflichten sich, einander diejenigen Maßnahmen mitzuteilen, die sie im Interesse der Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens getroffen haben.

(3) Anholdes et fartøj fra den ene kontraherende stat på den anden kontraherende stats højhedsområde på grund af en overtrædelse af de i denne aftale fastsatte forskrifter, skal denne anden kontraherende stats tilsynsmyndigheder, såfremt ingen tilsynsmyndighed fra fartøjets hjemstat er til stede, være beføjet til at indbringe gerningsmandens fartøj til et kontrolsted i hjemstaten og overlade denne at træffe de videre fornødne forholdsregler. Det er ikke tilladt at føre fartøjet ind til egen havn, medmindre der foreligger en overtrædelse af artikel 1, stk. 4.

(4) Fiskeritilsynsmyndighederne skal have adgang til i tjenesteøjemed at aflægge hinanden besøg.

Artikel 6

(1) Overtrædelse af artikel 1, stk. 2, 2. punktum, artikel 3 samt de i henhold til artikel 4, stk. 1 udstedte forskrifter forfølges og straffes af den af de kontraherende stater, i hvilken det ved overtrædelsen benyttede fiskerfartøj er hjemmehørende.

Den, der overtræder artikel 1, stk. 4, og som antræffes på den fremmede del af aftaleområdet, straffes af myndighederne i dette land efter de der gældende bestemmelser. Strafforfølgningen kan dog overlades til hjemlandet. Lykkes det ikke at anholde gerningsmanden indenfor det fremmede højhedsområde, vil han være at forfølge og i givet fald at straffe af sit hjemlands myndigheder.

(2) Den, der forsætligt

1. overtræder artikel 1, stk. 2, 2. punktum, artikel 3 eller de i henhold til artikel 4, stk. 1 udstedte forskrifter, straffes med bøde på ikke under 120 DM, henholdsvis 200 kr.
2. overtræder artikel 1, stk. 4, straffes med bøde på ikke under 240 DM, henholdsvis 400 kr.

(3) Den, der uagtsomt gør sig skyldig i en handling, for hvilken der i henhold til stk. 2 er fastsat straf, straffes i de i stk. 2 punkt 1 nævnte tilfælde med bøde på ikke under 60 DM, henholdsvis 100 kr., og i de i stk. 2 punkt 2 nævnte tilfælde med bøde på ikke under 120 DM, henholdsvis 200 kr.

(4) Ved forsætlig overtrædelse af artikel 1, stk. 2, 2. punktum og stk. 4 samt af de i henhold til artikel 4, stk. 1, litra c og d udstedte forskrifter vil der foruden bøden være at afsige dom om konfiskation af hele fangsten. Ved forsætlig overtrædelse af de i henhold til artikel 4, stk. 1, litra c udstedte forskrifter kan der desuden afsiges dom om konfiskation af de benyttede fangstredskaber med tilhørende slæbetrosser, uanset om fangstredskaberne og slæbetrosserne tilhører den dømte eller ej. Ved forsætlig overtrædelse af artikel 1, stk. 4 skal der afsiges dom om konfiskation af de benyttede fangstredskaber. Er de i 1. punktum nævnte overtrædelser begået uagtsomt, kan der foruden bøden afsiges dom om konfiskation af hele fangsten.

Udlevering eller modtagelse af uberigtiget proviant i strid med bestemmelsen i artikel 2, stk. 2, straffes af myndighederne i den af de kontraherende stater, i hvilken overtrædelsen har fundet sted, med bøde på ikke under 60 DM, henholdsvis 100 kr.

Artikel 7

De to kontraherende stater regeringer forpligter sig til at underrette hinanden om de foranstaltninger, som de har truffet for at sikre overholdelsen af de i denne overenskomst indeholdte bestemmelser.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen tritt an die Stelle des 9. Abkommens innerhalb des Vertrags über die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen vom 10. April 1922. Es bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Kopenhagen ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt drei Monate nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, und gilt zunächst für die Dauer von fünf Jahren. Von da ab verlängert es sich stillschweigend jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht mit einer einjährigen Frist gekündigt worden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Mai 1958 in doppelter Urschrift in deutscher und dänischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 8

(1) Denne overenskomst træder i stedet for overenskomst nr. 9 i traktaten af 10. april 1922 angående ordning af de som følge af overgangen til Danmark af suveræniteten over Nordslesvig opståede spørgsmål. Den skal ratificeres. Ratifikationsinstrumenterne skal udveksles i København så snart som muligt.

(2) Overenskomsten træder i kraft 3 måneder efter udløbet af den måned, i hvilken ratifikationsinstrumenterne udveksles, og gælder foreløbig for et tidsrum af 5 år. Derefter forlænges den stiltiende med et år ad gangen, såfremt den ikke er blevet opsagt med et års varsel.

TIL BEKRÆFTELSE HERAF har begge parter befuldmægtigede forsynet denne overenskomst med deres underskrifter.

UDFÆRDIGT I Bonn, den 29. Mai 1958 i to eksemplarer på tysk og dansk, begge tekster af samme gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For Forbundsrepublikken Tyskland:

Wilhelm von Grolman

Für das Königreich Dänemark:

For Kongeriget Danmark:

Bjarne Paulson

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis.**

Vom 1. Oktober 1959.

Gemäß Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. März 1959 zu dem Abkommen vom 31. März 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über das deutsch-französische Forschungsinstitut Saint-Louis (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 189) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2

am 22. Juni 1959

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 22. Mai 1959 ausgetauscht worden.

Bonn, den 1. Oktober 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen.**

Vom 14. Oktober 1959.

Das I. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,

das II. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,

das III. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen und

das IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten

(Bundesgesetzbl. 1954 II S. 781)

sind in Kraft getreten für

die Republik Indonesien	am	30. März 1959
den Australischen Bund	am	14. April 1959
das Königreich Kambodscha	am	8. Juni 1959
die Volksrepublik Mongolei	am	20. Juni 1959
Ceylon, das I., II. und III. Abkommen	am	28. August 1959
das IV. Abkommen	am	23. August 1959

und treten für

Neuseeland am 2. November 1959

in Kraft.

Anläßlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Australischen Bundes wurde hinsichtlich dieser Abkommen am 14. Oktober 1958 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

In ratifying the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, the Government of the Commonwealth of Australia RESERVES the right to impose the death penalty in accordance with the provisions of paragraph 2 of Article 68 of the said Convention without regard to whether the offences referred to therein are punishable by death under the law of the occupied territory at the time the occupation begins and DECLARES that it interprets the term "military installations" in paragraph 2 of Article 68 of the said Convention as meaning installations having an essential military interest for an Occupying Power.

I am instructed by the Government of the Commonwealth of Australia to refer to the reservations made to Article 85 of the Convention relative to the Treatment of Prisoners of War by the following:

The People's Republic of Albania, the Byelorussian Soviet Socialist Republic, the Bulgarian People's Republic, the Czechoslovak Republic, the Hungarian People's Republic, the Polish Republic, the Roumanian People's Republic, the Ukrainian Soviet Socialist Republic, the Union of Soviet Socialist Republics,

and to the reservations to Article 12 of the Convention relative to the Treatment of Prisoners of War and to Article 45 of the Convention relative to the Treatment of Civilian Persons in Time of War made by all the above-mentioned and by the Federal People's Republic of Yugoslavia.

Bei der Ratifizierung des Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten BEHALT SICH die Regierung des Australischen Bundes das Recht VOR, die Todesstrafe gemäß Artikel 68 Abs. 2 dieses Abkommens ohne Rücksicht darauf zu verhängen, ob die darin erwähnten Verbrechen nach den zur Zeit des Beginns der Besetzung geltenden Rechtsvorschriften des besetzten Gebietes mit der Todesstrafe bedroht sind oder nicht, und ERKLÄRT, daß sie den Ausdruck „militärische Einrichtungen“ im Sinne des Artikels 68 Abs. 2 dieses Abkommens dahingehend auslegt, daß damit Einrichtungen bezeichnet werden, die für eine Besatzungsmacht von wesentlichem militärischen Interesse sind.

Ich bin von der Regierung des Australischen Bundes angewiesen worden, auf die Vorbehalte zu Artikel 85 des Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen Bezug zu nehmen, die von folgenden Staaten gemacht worden sind:

Volksrepublik Albanien, Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, Volksrepublik Bulgarien, Tschechoslowakische Republik, Ungarische Volksrepublik, Polnische Republik, Rumänische Volksrepublik, Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

sowie auf die Vorbehalte zu Artikel 12 des Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen und zu Artikel 45 des Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, die von allen vorerwähnten Staaten sowie von der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien gemacht worden sind.

I am instructed by the Government of the Commonwealth of Australia to state that whilst they regard all the above-mentioned as being parties to the above-mentioned Conventions they do not regard the above-mentioned reservations as valid and will therefore regard any application of any of those reservations as constituting a breach of the Convention to which the reservation relates.

Die Ratifikationsurkunde Neuseelands enthält für das Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten folgenden Vorbehalt:

„New Zealand reserves the right to impose the death penalty in accordance with the provisions of Article 68, paragraph 2, without regard to whether the offences referred to therein are punishable by death under the law of the occupied territory at the time the occupation begins.“

Ferner wurde der Ratifikationsurkunde Neuseelands eine Erklärung folgenden Wortlauts angefügt:

„On authorising me do deposit the instruments of ratification by the Government of New Zealand of the following Conventions concluded at Geneva on 12 August 1949:

1. Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field.
2. Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of Wounded, Sick and Shipwrecked Members of Armed Forces at Sea.
3. Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War.
4. Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War.

Her Majesty's Government in New Zealand have requested me to notify you that in ratifying the Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, they do not desire to maintain the reservation to Article 70, paragraph 1, of that Convention, made by the Government of New Zealand at the time of signature. Her Majesty's Government in New Zealand desire, however, to maintain the reservation recorded at the time of signature in respect of Article 68, paragraph 2, of the same Convention, and have included a statement to this effect in the relevant instrument of ratification.

Her Majesty's Government in New Zealand also desire me to refer to the reservations made to Article 85 of the Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War by the following States:

The People's Republic of Albania, the Byelorussian Soviet Socialist Republic, the Bulgarian People's Republic, the Czechoslovak Republic, the Hungarian People's Republic, the Polish Republic, the Romanian People's Republic, the Ukrainian Soviet Socialist Republic, the Union of Soviet Socialist Republics

and to the reservations to Article 12 of the Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War and to Article 45 of the Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War made by all the above-mentioned and by the Federal People's Republic of Yugoslavia.

I am requested to state that Her Majesty's Government in New Zealand do not regard as valid reservations in the terms of those recorded by the above-mentioned States. Whilst Her Majesty's Government in

Ich bin von der Regierung des Australischen Bundes angewiesen worden, zu erklären, daß sie zwar alle vorerwähnten Staaten als Vertragsparteien der vorerwähnten Abkommen ansieht, jedoch die vorerwähnten Vorbehalte nicht als rechtsgültig anerkennt und deshalb jede Anwendung eines dieser Vorbehalte als Verletzung des Abkommens, auf das sich der Vorbehalt bezieht, ansehen wird.

(Übersetzung)

„Neuseeland behält sich das Recht vor, die Todesstrafe in Einklang mit Artikel 68 Abs. 2 ohne Rücksicht darauf zu verhängen, ob auf den dort angeführten Straftaten nach dem Recht des besetzten Gebietes zur Zeit des Beginns der Besetzung die Todesstrafe steht oder nicht.“

(Übersetzung)

„Mit der Ermächtigung zur Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Regierung von Neuseeland für folgende, am 12. August 1949 in Genf geschlossene Abkommen:

1. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,
2. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,
3. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen,
4. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten,

hat mich die Regierung Ihrer Majestät in Neuseeland angewiesen, Ihnen zu notifizieren, daß sie bei der Ratifizierung des Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten nicht wünscht, den Vorbehalt zu Artikel 70 Abs. 1 dieses Abkommens, der von der Regierung von Neuseeland bei der Unterzeichnung gemacht worden war, aufrechtzuerhalten. Die Regierung Ihrer Majestät in Neuseeland wünscht jedoch, den bei der Unterzeichnung zu Artikel 68 Abs. 2 dieses Abkommens gemachten Vorbehalt aufrechtzuerhalten, und hat in die in Betracht kommende Ratifikationsurkunde eine dementsprechende Erklärung eingefügt.

Die Regierung Ihrer Majestät in Neuseeland wünscht ferner, daß ich auf die Vorbehalte folgender Staaten:

der Albanischen Volksrepublik, der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Volksrepublik Bulgarien, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Polnischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

zu Artikel 85 des Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie auf die Vorbehalte zu Artikel 12 des Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen und auf Artikel 45 des Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, die von allen vorstehend angeführten Staaten und von der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien gemacht worden sind, Bezug nehme.

Weisungsgemäß erkläre ich, daß die Regierung Ihrer Majestät in Neuseeland Vorbehalte, wie sie von den vorstehend genannten Staaten schriftlich niedergelegt worden sind, nicht als gültig anerkennt. Die Regierung

New Zealand regard those States as parties to the Conventions in question, they will regard any application of such a reservation as constituting a breach of the Convention to which the reservation relates."

Ihrer Majestät in Neuseeland sieht diese Staaten zwar als Vertragsparteien der in Betracht kommenden Abkommen an, wird jedoch jede Anwendung eines solchen Vorbehalts für einen Bruch des Abkommens, auf das er sich bezieht, erachten."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. September 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 353).

Bonn, den 14. Oktober 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

**Bekanntmachung über die Ausübung
der Befugnisse der Europäischen Kommission für Menschenrechte
gemäß Artikel 25 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
(Anerkennung der Zuständigkeit der Kommission
durch die Regierung des Königreichs Belgien für weitere zwei bzw. fünf Jahre).**

Vom 14. Oktober 1959.

Die Regierung des Königreichs Belgien hat die Erklärung vom 5. Juli 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 914) über die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte gemäß Artikel 25 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 685, 953)

mit Wirkung vom 1. Juli 1957 für weitere zwei Jahre
und mit Wirkung vom 1. Juli 1959 für weitere fünf Jahre
erneuert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. März 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 400).

Bonn, den 14. Oktober 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Sofort lieferbar:

ENTWÜRFE

des Bundesjustizministeriums

zur Urheberrechtsreform

Entwürfe eines Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte sowie eines Gesetzes über Verwertungsgesellschaften auf dem Gebiet des Urheberrechts nebst erläuternden Bemerkungen und einer synoptischen Gegenüberstellung zu den Referententwürfen 1954 und dem geltenden Recht.

Broschiert, DIN A 4, 288 Seiten

Preis: DM 14.— zuzüglich DM 0.80 Porto und Verpackungskosten

Bestellungen an

VERLAG DES BUNDESANZEIGERS

Köln 1, Postfach